

Leserbrief: „Wichtige Güter geben dauerhaft verloren oder werden zerstört“

Zum Artikel mit dem Titel „Grüne scheitern mit IGI-Stopp“ vom 20. Januar in der SZ Biberach erreichte die Redaktion folgender Leserbrief:

Geht man dieser Tage durch die Biberacher Innenstadt, so fallen unverzüglich die vielen Leerstände auf, nicht nur auf Erdgeschoss-Ebene, sondern auch in den darüber liegenden Stockwerken. Dieser voranschreitende Prozess hat allerdings nicht erst im Corona-Jahr 2020 begonnen, sondern schon vor Jahren. Begonnen hat dieser Prozess, als sich der Stadtrat ungemein für den Ausbau des Speckgürtels in der Peripherie der Stadt eingesetzt hatte. Hier wurden Filialen große Handelsketten angesiedelt, die den, meist familiengeführten, Betrieben in der Innenstadt die Kunden streitig machen. Dies erscheint beinahe ironisch, wenn man bedenkt, dass teilweise Eigentümer innerstädtischer Familienunternehmen selbst in eben diesem Stadtrat saßen und noch sitzen. Und während in der eigenen sterbenden Innenstadt Wohn- und Geschäftsräume brach liegen, wendet sich nun der Blick der Stadt Biberach erneut in die Ferne, nämlich auf das sich derzeit in der Planung befindliche Megaprojekt „Interkommunales Industriegebiet Rißtal“.

Die Mehrheit der Stadträte treibt dieses Industrie-/Gewerbegebiet auf fremdem Kommunalgebiet mit vehementem Engagement voran. Letztlich auf Kosten der Natur, natürlicher Ressourcen und betroffener Betriebe. Auf grüner Wiese werden neue Gewerbeflächen ausgewiesen, während sich in der eigenen Innenstadt die leer stehenden Gewerbe- und Wohnflächen aufsummieren. Es entsteht der Eindruck, dass für ein enormes Industriegebiet auf fremdem Boden so viel Zeit, Engagement und Mittel aufgewendet werden, dass für die eigene Innenstadt zu wenig übrig bleibt.

Paradox daran ist, das sowohl das Handeln im einem Fall, als auch das Nicht-Handeln im anderen Fall letztendlich dazu führt, dass für uns alle wichtige Güter dauerhaft verloren gehen oder zerstört werden.

Die projektierte Gewerbebebietsgröße im IGI Rißtal übertrifft den Bedarf ortsansässiger Unternehmen um ein Vielfaches. Entgegen der Behauptungen der Projektbefürworter kann sich rechtlich betrachtet beinahe jeder im Gebiet ansiedeln.

Konrad Häderer, Herrlishöfen
